Ausgabe 04/2012

einblick

CDU-Gemeinderatsfraktion Mannheim

Carsten
Südmersen

Fraktionsvorsitzender

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

die CDU-Gemeinderatsfraktion freut sich, Ihnen die vierte Ausgabe des Einblick im Jahr 2012 zu präsentieren.

Sicherheit und Sauberkeit im Fokus

In der aktuellen Ausgabe befassen wir uns ausführlicher mit den Themen Sicherheit und Sauberkeit. Dreckige Straßen und Plätze, mit Graffiti verschmierte Unterführungen, Pöbeleien und nächtlicher Lärm sind nur einige der Probleme mit denen sich Mannheims Bürger tagtäglich auseinandersetzen müssen. Durch den Zuzug von Bulgaren und Rumänen in die Stadtteile Jungbusch und Neckarstadt kommen zahlreiche neue Problemlagen hinzu, die unsere Stadt vor große Herausforderungen stellen. Die CDU hat mit der Einführung der Videoüberwachung und des Kommunalen Ordnungsdienstes bereits in der Vergangenheit gezeigt, dass ihr die Sicherheit der Bürger am Herzen liegt. Mit der im September startenden Kampagne „Mannheim! Aber Sicher & Sauber!" wollen wir mit den Bürgern die Probleme in den Stadtteilen erörtern und daraus Forderungen an die Verwaltung ableiten. Die Zustände in manchen Stadtteilen sind untragbar und für die CDU inakzeptabel. Herzlich lade ich Sie dazu ein, an den Veranstaltungen teilzunehmen und Ihre Meinung kundzutun.

Generalsanierung Elisabeth-Gymnasium

Erfreulich ist die Nachricht, dass das Elisabeth-Gymnasium generalsaniert werden soll. Nach einem Besuch der Schule Anfang Mai hatte die CDU-Fraktion gefordert, die beträchtlichen baulichen Mängel zu beseitigen um einen geregelten Lehrbetrieb an der Schule zu ermöglichen. Die Forderung drang auch zum Kultusministerium nach Stuttgart vor, welches die dringend benötigten Zuschüsse gewährte. Nun fordern wir eine zügige Sanierung des Gymnasiums und hoffen, in naher Zukunft auch weitere dringende **Baumaßnahmen** an anderen Schulen in Angriff nehmen zu **können.**

Carsten Südmersen
Fraktionsvorsitzender

Dramatische Zustände im Jungbusch und der Neckarstadt-West

Zuwanderung von Osteuropäern gefährdet Zusammenleben

Die CDU-Gemeinderatsfraktion hat die Verwaltung aufgefordert, für die durch die Zuwanderung von Personen aus Bulgarien und Rumänien in die Stadtteile Jungbusch und Neckarstadt-West entstandenen Missstände Lösungen aufzuzeigen.
Nach deren EU-Beitritt führen deutliche erleichterte Reisebedingungen zu einem völlig unkontrollierten Zuzug nach Deutschland. Mannheim ist davon besonders stark betroffen.
Auf der Grundlage von Artikel 21 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union genießen Staatsangehörige von Bulgarien und Rumänien als Unionsbürger in der gesamten EU das Recht auf Freizügigkeit, auch wenn für Bulgarien und Rumänien bis Ende 2013 noch bestimmte Übergangsbestimmungen im Bereich der Arbeitnehmerfreizügigkeit gelten.

>>

Dramatische Zustände im Jungbusch und der Neckarstadt-West

Unbegreifliche Zustände

Die Zustände im Jungbusch und in der Neckarstadt-West sind dramatisch. Die Menschen werden in abbruchreifen Häusern und überbelegten Wohnungen zu völlig überhöhten Mieten untergebracht. In diesen „Schrottimmobilien" entstehen durch die Überbrückung von Stromleitungen sowie nicht richtig verwendeter und gesicherter Elektrogeräte erhöhte Brandgefahr.

Hinzu kommt, dass die Volumen der Mülltonnen nicht für die hohe Zahl der nicht gemeldeten Bewohner ausgelegt sind und die Abfälle einfach auf der Straße oder in Hinterhöfen entsorgt werden.

Scheinselbstständigkeit und Schwarzarbeit

Gleichwohl die Arbeitserlaubnis für Personen aus beiden Ländern bis 2014 eingeschränkt ist, dürfen Selbstständige und Gewerbetreibende frei agieren. Deshalb melden viele Neuankömmlinge Klein – und Kleinstfirmen an. Angeboten werden Dienstleistungen aller Art, weit unter üblichen Marktpreisen aber auch Qualitätsstandards, in deren Schatten Schwarzarbeit, Steuerhinterziehung und viele weitere Delikte blühen. Es besteht in der Regel weder eine Krankenversicherung noch ist die steuerliche Behandlung der Einkünfte geklärt.

Kommunen werden im Stich gelassen

Der Stadtrat und Bundestagsabgeordnete Prof. Dr. Egon Jüttner hat im Mai im Bundestag zu dem Thema eine Anfrage gestellt. In der Antwort verwies das Bundesinnenministerium darauf, dass die betroffenen Kommunen auf vorhandene rechtliche und finanzielle Instrumentarien vor Ort zurückgreifen sollten. Weiterhin wurde darauf hingewiesen, dass mit einem koordinierten Vorgehen der zuständigen Behörden und Einrichtungen sowie auch mit polizeilichen und restriktiven ordnungsrechtlichen Maßnahmen Erfolge erzielt werden könnten.

Keine Willkommenspakete

Für die CDU-Gemeinderatsfraktion ist hingegen klar, dass das Problem nicht allein auf kommunaler Ebene gelöst werden kann. Die Armutsflucht dieser Bevölkerungsgruppen innerhalb der Europäischen Union kann nur auf nationaler bzw. europäischer Ebene gelöst werden.

Anstrengungen die einzig und allein darauf abzielen, den rumänischen und bulgarischen Einwanderern mit Hilfe von Integrationsmaßnahmen eine dauerhafte Perspektive des Aufenthalts in Mannheim zu geben, lehnt die CDU-Gemeinderatsfraktion ab. Die ungeregelte Zuwanderung dieser Personen führt zu einer erkennbaren Belastung des Zusammenlebens. Darüber hinaus droht die Gefahr, dass zwei Stadtteile durch die zunehmende Verwahrlosung des öffentlichen Raums dauerhaft abrutschen.

Um dies zu verhindern schlägt die CDU ein Maßnahmenbündel vor, bestehend aus verstärkte Streifenfahrten, Kontrollen in Häusern, entschlossenem Vorgehen gegen Zwangsprostitution und regelmäßigen Überprüfungen von Arbeitsbescheinigungen.

Polizeireform in Baden-Württemberg

Steffen
Ratzel

Sicherheitspolitischer Sprecher

Grün-Rot gefährdet bewährte Sicherheitsstrukturen

Baden-Württemberg ist eines der sichersten Bundesländer in Deutschland. Dies belegt auch eine vom Land in Auftrag gegebene Umfrage. Vor diesem Hintergrund ist die von der grün-roten Landesregierung angestoßene Polizeireform nicht nachvollziehbar. Unter anderem sieht die Reform vor, alle 37 Polizeidirektionen im Land aufzulösen und durch 12 bürgerferne Großbehörden ersetzt.

Die Reiterstaffel soll im Zuge der Polizeireform aus Mannheim abgezogen werden

Die Folgen der Polizeireform sind keinesfalls absehbar. Die Kosten sind noch nicht kalkuliert, Polizisten werden aus dem ländlichen Raum abgezogen und die Fahrstrecken zu Tatorten oder Verkehrsunfallorten werden länger. Des Weiteren werden Tausende von Beamten über ihre Zukunft im Unklaren gelassen – eine Belastung für die Betroffenen selbst und ihre Familien.

Land wird gespalten

Die grün-rote Landesregierung spaltet mit der Polizeireform Stadt und Land und verabschiedet sich von dem jahrzehntelang gültigen Grundsatz „Ein Landkreis – eine Polizeidirektion". Die Polizeireform ist auch die Generalprobe für die Abschaffung der Landkreise und die Zerschlagung der bewährten baden-württembergischen Verwaltungsstruktur. Kommunale Interessenvertreter werden an dem Prozess weder beteiligt noch gehört.

Mannheim behält sein Polizeipräsidium

Von der Landesregierung wurde entschieden, dass die Stadt Mannheim Sitz für ein „Groß-Präsidium" werden solle. Dies entspricht auch der Forderung der CDU-Gemeinderatsfraktion und ist, aufgrund des hiesigen Kriminalitätsaufkommens, sachlich richtig. Grund zur uneingeschränkten

Polizeireform in Baden-Württemberg

Freude besteht allerdings nicht. Weite Teile der Kriminalpolizei und des Kriminaldauerdienstes werden nach Heidelberg verlagert. Weiterhin droht auch der Verlust der Reiterstaffel. Durchaus kritisch zu bewerten ist auch der Wechsel an der Spitze des Polizeipräsidiums Mannheim: Die erst vor kurzer Zeit eingeführte Polizeipräsidentin Caren Denner wird ihren Posten wohl für einen Mann räumen müssen. Die von Grün-Rot stets propagierte Gleichberechtigung findet hier keine Anwendung.

Schlechte Sachmittelausstattung verschärft Sicherheitslage

Zusätzlich zur Polizeireform gefährdet auch die mangelhafte Sachmittelausstattung der Polizei die Sicherheitslage. Polizeistreifen müssen aufgrund hoher Spritpreise zukünftig öfter zu Fuß erfolgen. Gleichwohl sich auch die CDU mehr sichtbare Fußstreifen der Polizei wünscht, so sollten diese jedoch eine Ergänzung und nicht Ersatz für die Fahrten mit Streifenwagen sein. Verwundert ist die CDU-Fraktion darüber, dass im Zuge der von der Landesregierung beschlossenen Polizeireform versprochen wurde, dass damit mehr Polizeibeamte auf die Straße kommen sollen. Zugleich hat das Polizeipräsidium aber nicht ausreichend Mittel, um die Beamten mit ihren Fahrzeugen in unsere Stadtteile zu transportieren.

Es zeigt sich erneut, dass die neue grün-rote Landesregierung der inneren Sicherheit offensichtlich nicht mehr die bisherige Priorität beimisst, die von den Bürgern zu Recht erwartet wird. Angesichts der im letzten Jahr deutlich angestiegenen Fallzahlen bei Straftaten in Mannheim ist dies aus Sicht der CDU-Fraktion unerklärlich. Im Gegenteil, man bräuchte in Mannheim sogar mehr Polizeikräfte.

100. Kulturveranstaltung der CDU-Fraktion

Dr. Jens J. **Kirsch**

Kulturpolitischer Sprecher

Oststadttheater begeistert über 200 Besucher

Die 100. Kulturveranstaltung der CDU-Gemeinderatsfraktion wurde am 25. Juli feierlich in den Räumlichkeiten des Oststadttheaters begangen. Zu dem Jubiläum fanden sich ca. 230 Besucherinnen und Besucher ein. Für die Veranstaltung wählte die CDU einen Klassiker aus dem Repertoire des Oststadttheaters aus: die Komödie „Doppelt leben hält besser", welche seit 1993 auf dem Spielplan steht und bei den Zuschauern für viele Lacher sorgte.
Nicht ganz zufällig wurde das Oststadttheater als Ausrichtungsort für die Jubiläumsveranstaltung gewählt. Wie der Fraktionsvorsitzende Carsten Südmersen in seiner Begrüßungsrede betonte, ist das Oststadttheater ein „Vorzeigetheater". Ohne einen Cent städtischen Zuschuss lockt das zweitgrößte Mannheimer Theater pro Spielzeit ca. 30000 Besucher an und zahlt jährlich eine Miete von ungefähr 35000 Euro. Für die CDU-Fraktion ist dies eine „bemerkenswerte Leistung". Ohne eigenes Verschulden muss das Oststadttheater den Kahnweilersaal aufgrund des Neubaus der Kunsthalle verlassen. Die Wahl des Oststadttheaters als Ausrichtungsort sollte somit auch als „symbolisches Zeichen" der Unterstützung der CDU zu verstehen sein. Erfreulich ist, dass das Oststadttheater wenige Tage nach der Veranstaltung den Umzug in den Bürgersaal des Stadthauses N1 verkünden konnte.
Die Kulturveranstaltungen der CDU-Gemeinderatsfraktion wurden 1985 von dem damaligen Fraktionsvorsitzenden Robert Dussel ins Leben gerufen und anschließend von Paul Buchert und Dr. Adelheid Weiss weitergeführt. Derzeit ist der kulturpolitische Sprecher der CDU-Gemeinderatsfraktion Dr. Jens J. Kirsch für die Reihe verantwortlich. Nicht zu vergessen ist die ehemalige Fraktionsmitarbeiterin Uschi Reffert, die organisatorisch viele Jahre lang im Hintergrund für einen reibungslosen Ablauf der zahlreichen Veranstaltungen sorgte.
Dr. Kirsch würdigte die Kulturveranstaltungen der CDU als „erfolgreichste Kultur-Veranstaltungsreihe im politischen Raum". Auch der Kulturbürgermeister Michael Grötsch bedankte sich bei der CDU-Fraktion dafür, dass die Veranstaltungsreihe „den Bürgern viele Kultureinrichtungen näher bringt und ihnen Blicke hinter die Kulissen ermöglicht.

Mehr als 200 Personen besuchten die Jubiläumsveranstaltung

Videoüberwachung hat sich bewährt

Steffen **Ratzel**

Sicherheitspolitischer Sprecher

CDU-Fraktion fordert verstärkten Einsatz bei der Verbrechensbekämpfung

Aus Sicht der CDU hat sich die Einführung der Videoüberwachung auf einigen öffentlichen Plätzen Mannheims als sehr wirkungsvoll erwiesen. Wenn sich beispielsweise die Zahl der Straßenkriminalitätsdelikte am Paradeplatz und am Neckartor um 70 % verringert hat, ist dies ein offenkundiger Beweis für die Sinnhaftigkeit dieses Instruments.
Die CDU-Gemeinderatsfraktion freut sich, dass die Innenstadt durch die von den Christdemokraten eingeführte Videoüberwachung deutlich sicherer geworden ist.

Leider hat aber gerade die jüngste Kriminalitätsstatistik gezeigt, dass es wieder häufiger

Videoüberwachung hat sich bewährt

Die CDU-Gemeinderatsfraktion auch auf Facebook.

Straftaten auf öffentlichen Flächen, wie beispielsweise Straßenraub gibt.

Änderung des Polizeigesetzes notwendig

Dies heißt für die CDU-Fraktion: Nicht nachlassen bei der Verbrechensbekämpfung! Dazu zählt auch weiterhin den Einsatz von Videoüberwachungen auf öffentlichen Plätzen. Leider sieht das baden-württembergische Polizeigesetz vor, dass ein zu überwachender Bereich ein Kriminalitätsschwerpunkt sein muss. Dies führt dann grotesker Weise dazu, dass durch den wirkungsvollen Einsatz der Kameras diese sich selbst ins rechtliche Aus manövrieren. Dies kann und darf so nicht länger sein.
Deshalb muss die grün-rote Landesregierung endlich das Polizeigesetz dahingehend ändern, dass an neuralgischen Punkten der Videoeinsatz auch dann noch zulässig ist, wenn der Platz nicht mehr als Kriminalitätsschwerpunkt anzusehen ist. Nur so kann man erreichen, dass diese Plätze auch dauerhaft als sicher gelten und sich nicht nach und nach wieder als Horte von Kriminalität entwickeln.

Für die CDU steht in diesem Zusammenhang eindeutig fest, dass die laufende Videoüberwachung am Hauptbahnhof solange fortgesetzt werden muss, wie dies irgendwie rechtlich zulässig ist. Der Platz vor dem Hauptbahnhof ist die Visitenkarte Mannheims beim Besuch vieler auswärtiger Gäste, die mit der Bahn nach Mannheim anreisen, z.B. vieler tausend Kongressbesucher Jahr für Jahr.

CDU-Stadträte persönlich

Steffen Ratzel

Obwohl im Jahr 1968 geboren, war und bin ich politisch gesehen kein Achtundsechziger. Im Gegenteil! Ich bin überzeugter Konservativer und deshalb auch schon früh Mitglied der Union geworden, sodass ich in diesem Jahr bereits auf eine 25-jährige Mitgliedschaft in der CDU Mannheim zurückblicken kann. Als Volljurist bin ich heute im Finanz- und Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg für die Steuerung von landeseigenen Unternehmen zuständig. Mit meiner Frau und meinem 3-jährigen Sohn Philipp wohnen wir auf dem Almenhof und bleiben auch hier.

Der Juni 2009 wird mir immer sehr positiv im Gedächtnis haften bleiben. Einerseits haben mich die Bürger mit dem besten Ergebnis aller neuen CDU-Stadträte in den Gemeinderat gewählt, andererseits wurde im gleichen Monat mein Sohn geboren. Die Wahl zum Stadtrat betrachte ich als Ehre und Verpflichtung zugleich. Für mich bedeutet so ein Mandat, dass man sich zum Wohl der Allgemeinheit einbringen muss. Ich interpretiere dieses „Allgemeinwohl" aber nicht so, dass man sich der aktuell vorherrschenden Meinung anschließt und versucht, „en vogue" zu sein. Nach meiner festen Überzeugung sollte ein Politiker nach Kenntnis der Sachlage eine begründbare eigene Haltung einnehmen und diese gegebenenfalls auch gegen den Mainstream vertreten.

Sehr gerne bin ich der sicherheitspolitische Sprecher der CDU-Gemeinderatsfraktion. Ich habe nicht nur als Jurist, sondern auch als Politiker keine Probleme damit, wenn mich jemand als „Law and order Mann" bezeichnet. Mir ist es ein Anliegen, dass wir in Mannheim dafür sorgen, dass die verabschiedeten Verhaltensregeln auch durchgesetzt werden und somit die Grundlage für ein gedeihliches Miteinander in einer Großstadt geschaffen werden. Für mich ist es hingegen nicht verständlich, wie man als Politiker überhaupt Probleme damit haben kann, sich für Recht und Ordnung einzusetzen. Gerade in Mannheim müssen wir noch viel stärker als bisher unser Augenmerk darauf richten, dass die Kriminalität bekämpft und die Sicherheit und Sauberkeit erhöht wird. Denn unsere Stadt weist leider immer noch die zweithöchste Kriminalitätsrate in ganz Baden-Württemberg auf. Bedauerlicher Weise haben wir im Gemeinderat derzeit eine rot-grüne Mehrheit, sodass wir nicht mit den erforderlichen Entscheidungen rechnen können. Dies wird die CDU aber nicht davon abhalten, immer wieder die Finger in diese Wunde zu legen. Auch beim Thema Sauberkeit lässt das Erscheinungsbild unserer Stadt sehr zu wünschen übrig. Auch hier werden wir mehr Engagement zur Verbesserung der Situation einfordern.

Neben meinem Vollzeitberuf in Stuttgart, dem Stadtrat, der Familie und dem eigenen Haus bleibt nicht mehr allzu viel Zeit für weitere Hobbys. Doch mit einem soliden Zeitmanagement gelingt es mir, regelmäßig joggen zu gehen und damit einen körperlichen Ausgleich für die „sitzende Berufstätigkeit" und die vielen Sitzungen zu finden. Zudem bin ich großer Liebhaber der Alpen, die ich sowohl im Sommer wie im Winter gerne aufsuche. Als Mitglied des Deutschen Alpenvereins gehe ich regelmäßig im Hochgebirge wandern, im Winter genieße ich die Bergwelt beim Skifahren.

Steffen Ratzel mit seinem Sohn, „Battalion Chief" Philipp

Impressum

Herausgeber: CDU-Gemeinderatsfraktion Mannheim
Verantwortlich: Fraktionsgeschäftsführer Matthias Sandel
Redaktion: Alexandre Hofen-Stein, Matthias Sandel
Fotos:
Portraitfotos CDU-Gemeinderatsfraktion
Seite 1: Zaubzer
Seite 2: © http://www.st-hippolytit.de
Seite 3: Althausen
Seite 4: Ratzel
Gestaltung: zaubzer.de Mannheim

Anschrift

CDU-Gemeinderatsfraktion Mannheim
E 5 Rathaus
68159 Mannheim
Tel.:0621-293-2190
Fax:0621-293-9440
cdu@mannheim.de
www.cdu-mannheim.de